

Accounting News

Aktuelles zur Rechnungslegung nach HGB und IFRS

Februar 2022

Liebe Leserinnen und Leser,

die Institutionen der Bilanzkontrolle wurden durch das Finanzmarkt-integritätsstärkungsgesetz (FISG) reformiert. Seit dem 1. Januar 2022 ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) alleinige Trägerin des Verfahrens. In unserem Topthema geben wir Ihnen erste Einblicke in das neue Setup.

Darüber hinaus hat die EFRAG *Project Task Force on European Sustainability Reporting Standards* (PTF-ESRS) einen Arbeitsstand zu neuen Nachhaltigkeits-Berichtsstandards veröffentlicht. Außerdem empfehlen wir Ihnen eine aktuelle KPMG-Publikation zu den Standards des neu gegründeten *International Sustainability Standards Boards*. Die Darstellung soll Ihnen eine erste Orientierung geben.

Schließlich hat das IDW einen Hinweis zur Zugangsklassifizierung und Umwidmung von Wertpapieren nach HGB veröffentlicht.

Ihnen eine anregende Lektüre!



Ihre
Prof. Dr. Hanne Böckem
Partnerin, Department of Professional Practice

INHALT

01 Top-Thema	2
Bilanzkontrolle 2022: Zwischen Kontinuität, Veränderung und Ungewissheit	2
02 Nachhaltigkeit	5
EFRAG PTF-ESRS veröffentlicht einen Arbeitsstand zu neuen Nachhaltigkeits-Berichtsstandards	5
Vorbereitung auf die ISSB-Angaben zur Nachhaltigkeit	5
FAQ – Teil 2 zu Artikel 8 EU-Taxonomie-VO veröffentlicht	6
03 HGB-Rechnungslegung	7
IDW veröffentlicht Hinweis zur Zugangsklassifizierung und Umwidmung von Wertpapieren nach HGB	7
04 Veranstaltungen	8
05 Veröffentlichungen	9
06 Ansprechpartner:innen	10

Bilanzkontrolle 2022: Zwischen Kontinuität, Veränderung und Ungewissheit

Im Rahmen der Darstellung der Enforcement-Prüfungsschwerpunkte 2022 haben wir bereits in unserer [Dezember-Ausgabe der Accounting News](#) darauf hingewiesen, dass sich die deutsche Bilanzkontrolle vor dem Hintergrund des Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetzes (FISG) neu sortiert. Zum 1. Januar 2022 wurde das bislang zweistufige Enforcement-Verfahren mit der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR) und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) durch ein einstufiges, allein von der BaFin getragenes Verfahren abgelöst. Der Prüfungsansatz der BaFin ist einerseits von Veränderung, andererseits von Kontinuität geprägt. Zudem sind einige Aspekte der Bilanzkontrolle noch nicht abschließend geklärt. Was dies nach aktuellem Kenntnisstand bedeutet, soll nachfolgend aufgezeigt werden.

Neue Organisationsstruktur

Die BaFin hat eine neue Gruppe Bilanzkontrolle (Gruppe Bilko) im Bereich „Wertpapieraufsicht“ etabliert. Sie besteht aus vier Referaten:

- Bilko 1: Stichproben- und Anlassprüfungen, Grundsatz, Standards
- Bilko 2: Stichproben- und Anlassprüfungen, Marktrecherche/Prüfungsplanung
- Bilko 3: Stichproben- und Anlassprüfungen, Internationales
- Bilko 4: Stichproben- und Anlassprüfungen, Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (TUG)

Alle Referate führen gleichermaßen Stichproben- und Anlassprüfungen durch. Die BaFin wird dabei über einen intensiven Informationsaustausch zwischen den Referaten sicherstellen, dass eine einheitliche Verwaltungspraxis bei der Entscheidung über mögliche Fehlerfeststellungen gewährleistet ist.

Daneben übernehmen die einzelnen Referate eigenständig weiterführende Aufgaben, beispielsweise die Abstimmung mit der European Securities and Markets Authority (ESMA). Hierbei hat die BaFin darauf geachtet, dass es bei den Zusatzaufgaben wenige Überschneidungen gibt, um die Reaktionszeiten der einzelnen Referate zu erhöhen.

Insgesamt soll die Gruppe Bilko perspektivisch über circa 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen. Dies entspricht in etwa einer Verdopplung der bisherigen personellen Ressourcen (das heißt DPR und BaFin zusammen). Da die bisherigen 15 Mitglieder der DPR zum Großteil zur BaFin wechselten, bleibt der Bilanzkontrolle die Expertise der DPR erhalten.

Flankiert werden die vier Referate durch weitere neu geschaffene Einheiten, wie zum Beispiel die Fokusaufsicht und die Taskforce. Deren Koordination übernimmt die Stabsstelle „Koordination Fokusaufsicht und Taskforce“, die direkt unter dem Präsidenten der BaFin angesiedelt ist. Die Fokusaufsicht ist auf solche Finanzdienstleistungsunternehmen ausgerichtet, deren Geschäftsmodell hoch komplex ist oder ungewöhnlich innovativ erscheint, die international außergewöhnlich stark vernetzt sind oder ein besonderes Risikoprofil aufweisen. Mit der Taskforce verfügt die BaFin nun über eine Gruppe von Spezialistinnen und Spezialisten, die im Verdachtsfall eigenständig investigative Prüfungen durchführen können.

Weitere neue Impulse gehen von der neu geschaffenen Market Contact Group (MCG) aus, die in der Hinweisgeberstelle angesiedelt ist und Informationen von Whistleblowern bzw. aus der Finanzbranche entgegennimmt.

ZUR PERSON



Olaf Haegler ist Director bei KPMG und betreut seit sieben Jahren im Bereich Finance & Governance Advisory Mandanten, die dem deutschen Enforcement-Verfahren unterliegen. Zuvor war er neun Jahre Mitglied der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR). Ehe er zur DPR wechselte, war Olaf Haegler zehn Jahre im Bereich Audit einer Big-Four-Gesellschaft tätig.



Stefan Deike ist Manager bei KPMG und betreut seit sechs Jahren im Bereich Finance & Governance Advisory Mandanten, die dem deutschen Enforcement-Verfahren unterliegen. Zuvor war er in einer mittelständischen Unternehmens- und Steuerberatung tätig.

Mit der Data Intelligence Unit (DIU) wurde zudem eine zentrale Analytics-Einheit geschaffen, die es den Aufseherinnen und Aufsehern der BaFin ermöglicht, IT-gestützte, relevante und notwendige Informationen zu erhalten. Durch aktives Marktmonitoring anhand eines selbstentwickelten Algorithmus können in Zukunft auch Anhaltspunkte für Anlassprüfungen gewonnen werden.

Prüfungssubjekt und -objekt

Im Grundsatz ergibt sich hier wenig Neues: Der deutschen Bilanzkontrolle unterliegen weiterhin Emittenten zugelassener Wertpapiere im Sinne des § 2 Absatz 1 WpHG, welche die Bundesrepublik Deutschland als Herkunftsstaat haben, das heißt im Wesentlichen kapitalmarktorientierte Unternehmen mit Sitz in Deutschland.

Geprüft werden wie bisher auch:

- der zuletzt gebilligte und nach dem European Single Electronic Format (ESEF) offengelegte Konzernabschluss einschließlich Konzernlagebericht
- der zuletzt festgestellte und nach dem ESEF offengelegte Jahresabschluss nebst Lagebericht
- der zuletzt veröffentlichte, verkürzte Abschluss und Zwischenlagebericht
- die zuletzt veröffentlichten Zahlungs- oder Konzernzahlungsberichte

Der Prüfungsgegenstand erstreckt sich zudem auf die zugrunde liegende Buchführung. Da die BaFin großen Wert auf die Dokumentation legt und diesbezüglich auch eine tendenziell höhere Erwartungshaltung hat, sollten Unternehmen mehr denn je auf aussagekräftige Buchführungsunterlagen als Grundlage für den Erstellungsprozess achten. Als Praxistipp empfiehlt sich in diesem Zusammenhang ein Blick in die KPMG-Broschüre [„Wegweiser zur Dokumentation von Bilanzierungsentscheidungen“](#).

Nachträgliche Aufbereitungen können als Dokumentationschwäche gewertet werden und somit Zweifel an der sachgerechten Bilanzierung begründen. Insoweit könnte dies dazu führen, dass die BaFin künftig vermehrt Fehlerfeststellungen aufgrund von Mängeln in der zugrunde liegenden Buchführung feststellt, sofern diese zum Aufstellungszeitpunkt nicht vorgelegen hat.

Prüfungseinleitung und Prüfungsturnus

Enforcement-Prüfungen werden weiterhin stichprobenartig oder bei konkreten Anhaltspunkten für eine fehlerhafte Rechnungslegung (Anlassprüfung) eingeleitet. Bei der Stichprobenziehung wird die BaFin verständlicherweise auf dem bisherigen Prozess der DPR aufsetzen, da die ESMA das geschichtete Stichprobenverfahren der DPR im Rahmen eines Peer Reviews 2017 als *good practice* eingestuft hat. Gleichwohl beabsichtigt die BaFin, die Stichprobenziehung systematisch mit Blick auf die jeweiligen ökonomi-

schen Risiken eines Unternehmens (sogenanntes „abstraktes Risiko“ für eine Fehlerfeststellung) zu erweitern.

Hervorzuheben ist dabei, dass die Gruppe Bilko im engen Austausch mit den oben genannten übrigen Referaten bzw. Einheiten der BaFin steht, die wertvolle Hinweise bzw. Informationen für die Bilanzkontrolle liefern können. Hinzu kommen Erkenntnisse aus einer algorithmusbasierten Medienanalyse.

Neben den internen Informationsquellen hat das FISG auch den externen Informationsaustausch der BaFin mit der Abschlussprüferaufsichtsstelle sowie den Bundesministerien für Finanzen, für Justiz und Verbraucherschutz bzw. für Wirtschaft und Energie gestärkt und diese jeweils von den bisher bestehenden Verschwiegenheitspflichten befreit (§ 109a WpHG).

Insgesamt ist es also eine Vielzahl von Informationen, die zu einer Anlassprüfung durch die BaFin führen können oder als ökonomische Risiken bei der Stichprobenziehung Berücksichtigung finden.

Daher ist davon auszugehen, dass die Einleitung einer Prüfung künftig deutlich mehr von beobachtbaren Entwicklungen als von einem klassischen Prüfungszyklus (bei der DPR zum Beispiel vier bis fünf Jahre für indexorientierte Unternehmen, acht bis zehn Jahre für die übrigen Unternehmen) bestimmt wird. Insgesamt spricht vieles für eine künftig erhöhte Kontrollintensität.

Prüfungsablauf und -durchführung

Auch beim Verfahrensablauf orientiert sich die BaFin in einem ersten Schritt an dem bisherigen Prozess der DPR, zumindest bei den Stichprobenprüfungen.

Gleichwohl möchte die BaFin die Bilanzkontrolle deutlich proaktiver gestalten und strebt eine stärkere Interaktion mit den zu prüfenden Unternehmen an. Entsprechend wird es künftig mehr Prüfungen vor Ort geben, wenn dies aus fachlichen und Risikogesichtspunkten sinnvoll erscheint.

Wer für die Durchführung der Prüfung aufseiten der BaFin verantwortlich ist, wurde von der BaFin noch nicht kommuniziert. Es ist aber davon auszugehen, dass diese Aufgabe ein Mitglied des jeweiligen Referats übernimmt, was äquivalent zur/zum bisherigen fallverantwortlichen Prüferin und Prüfer der DPR ist. Dies würde auch der bisherigen Vorgehensweise der BaFin bei Prüfungen auf der zweiten Stufe entsprechen.

Weiterhin hat die BaFin angekündigt, dass der Austausch der/des BaFin-Prüferin bzw. -Prüfers mit einer zentralen Auskunftsperson des Unternehmens (wie in DPR-Verfahren standardmäßig der Fall) eine effiziente Kommunikation



während eines Verfahrens gewährleisten kann. Die BaFin kann und wird jedoch von ihren deutlich weiter gefassten Rechten Gebrauch machen, wenn sie es für erforderlich hält. So kann die BaFin – anders als die privatrechtliche DPR – von dem geprüften Unternehmen, von den Mitgliedern seiner Organe, von seinen Beschäftigten sowie von seinen Abschlussprüfer:innen Auskünfte, die Vorlage von Unterlagen oder sonstigen Daten und die Überlassung von Kopien verlangen bzw. den genannten Personenkreis vorladen und vernehmen (§ 107 Absatz 5 Seite 1 + 2 WpHG). Bei konkreten Anhaltspunkten für einen erheblichen Verstoß gegen Rechnungslegungsvorschriften darf die BaFin sogar die Geschäfts- und Wohnräume durchsuchen und Unterlagen beschlagnahmen (§ 107 Absatz 7 WpHG).

Für die Beantwortung der inhaltlichen Fragen der Rechnungslegung (zumindest schriftlich) werden dem Unternehmen sehr wahrscheinlich Fristen eingeräumt, die sich an der bisherigen Praxis der DPR orientieren werden (zwei bis drei Wochen). Allerdings dürften Fristverlängerungen nur noch restriktiv und in begründeten Ausnahmefällen von der BaFin gewährt werden, da Fristverlängerungen der Intention des FISG bzw. dem Ansatz der BaFin (schnellere und effizientere Bilanzkontrolle) entgegenstehen. Auch die Erwartungshaltung der BaFin, dass ohnehin bereits zum Aufstellungszeitpunkt eine angemessene und ausreichende Dokumentation vorliegt, spricht gegen übermäßige Fristverlängerungen.

Prüfungsergebnis

Wem die finale Entscheidung aufseiten der BaFin obliegt – das heißt ob als Ergebnis der Prüfung eine fehlerhafte Rechnungslegung festgestellt wird oder nicht – ist bis dato noch nicht abschließend geklärt bzw. von der BaFin noch nicht kommuniziert worden. Ein Kammer-System wie bei der DPR, bei welcher die fallverantwortlichen Prüfer*innen die operativen Prüfungen durchführen, die Entscheidung zum Prüfungsergebnis aber von der Kammer (bestehend aus dem Präsidium und einem anderen Mitglied der DPR) getroffen wird, wird es indes wohl nicht geben.

Klar ist dagegen, dass soweit eine fehlerhafte Rechnungslegung festgestellt wird, die Fehler durch die BaFin und nicht mehr durch das Unternehmen veröffentlicht werden.

Neu ist zudem, dass die BaFin die Art und Weise der Korrektur vorgibt. Dabei ist nicht mehr nur eine Korrektur im nächsten Abschluss möglich, sondern neuerdings auch die Neuaufstellung eines Abschlusses/Berichts.

Neu ist auch, dass die BaFin bereits vor dem Abschluss eines Verfahrens die Möglichkeit hat, den Kapitalmarkt darüber zu informieren, wenn bei einem Unternehmen eine Enforcement-Prüfung eingeleitet wurde – inklusive wesentlicher Verfahrensschritte und Erkenntnisse. Dies gilt zumindest dann, wenn nach Einschätzung der BaFin ein öffentliches Interesse besteht.

Sonstiges

Erhalt der Präventivfunktion

Auch die BaFin wird, vergleichbar der DPR, präventiv tätig werden. So soll unter anderem die Kommunikation mit den aktiven Stakeholdern weitergeführt werden.

Ebenso hat die BaFin Prüfungsschwerpunkte bekannt gegeben; so hat sie die von der ESMA für das Jahr 2022 vorgegebenen Prüfungsschwerpunkte um einen nationalen Prüfungsschwerpunkt zu Reverse Factoring (Lieferkettenfinanzierung) ergänzt und diesbezüglich die Darstellung in Bilanz, Kapitalflussrechnung, Anhang und Konzernlagebericht hervorgehoben.

Die Möglichkeit für eine fallbezogene Voranfrage, die bei kritischen Bilanzierungsfragen ein gewisses Maß an Bilanzierungssicherheit gewährte, besteht aktuell nicht mehr. Es ist aber durchaus denkbar, dass hier zukünftig nachgebessert wird, da fallbezogene Voranfragen in den europäischen „[Guidelines on Enforcement of Financial Information](#)“ angelegt sind.

Finanzierung

Durch das FISG wurde auch die Finanzierung (bzw. die Verteilung der Kosten der Bilanzkontrolle) neu strukturiert. Es besteht zwar weiterhin ein Umlageverfahren – die Umlage wird gemäß § 16l Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz (FinDAG) nach dem Verhältnis der Höhe der Börsenumsätze des einzelnen Umlagepflichtigen zur Gesamthöhe der Börsenumsätze aller Umlagepflichtigen erhoben – die bisherige Höchstgrenze von 40.000 Euro wurde jedoch ersatzlos gestrichen. Im Einzelfall kommt es daher zu sehr deutlichen Erhöhungen der unternehmensindividuellen Umlage.

EFRAG PTF-ESRS veröffentlicht einen Arbeitsstand zu neuen Nachhaltigkeits-Berichtsstandards

Die EFRAG *Project Task Force on European Sustainability Reporting Standards* (PTF-ESRS) hat am 20. Januar 2022 Arbeitsstände der ersten Standardentwürfe (Batch 1) zur Nachhaltigkeitsberichterstattung veröffentlicht. Die Papiere stellen den aktuellen Arbeitsstand der Standardsetzungsaktivitäten dar, welche die EFRAG auf Grundlage der vorläufigen Beauftragung durch die Europäische Kommission (KOM) vom 12. Mai 2021 wahrnimmt. Batch 1 umfasst

- vier von insgesamt fünf sogenannten übergreifenden (*cross-cutting*) Standards: sie betreffen Angaben in Bezug auf
 - *Strategy and business model*
 - *Sustainability governance and organization*
 - *Sustainability material impacts, risks and opportunities*
 - *Definitions for policies, targets, action plans and resources* (ESRS 2-5).
- zwei von insgesamt sechs geplanten konzeptionellen Leitlinien (*conceptual guidelines*), die die Themen *double materiality* und *characteristics of information quality* ansprechen (ESRG 1 und 2)
- den EU *Sustainability Reporting Standards* (ESRS) E1 *Climate change*. Dieser Standard basiert auf dem Standardentwurf der PTF für einen Klimaberichtsstandard, der im September 2021 veröffentlicht und seither wesentlich überarbeitet wurde.

Hintergrund der PTF-Aktivitäten ist Artikel 19b des Vorschlags der KOM vom 21. April 2021 für eine *Corporate Sustainability Reporting Directive* (CSRD). Darin schlägt die KOM vor, die neuen Berichtspflichten zur Nachhaltigkeit durch EU *Sustainability Reporting Standards* (ESRS) zu konkretisieren. Der Richtlinienentwurf sieht außerdem vor, die EFRAG mit der Erarbeitung fachlicher Empfehlungen zu beauftragen, die Grundlage für die durch die KOM zu erlassenden delegierten Rechtsakte sein werden.

[Batch 1](#) kann in englischer Sprache auf der Internetseite der EFRAG abgerufen werden.

Die Veröffentlichung der entsprechenden Exposure Drafts wird noch im ersten Quartal 2022 erwartet. Wir werden Sie zu gegebener Zeit detailliert über Inhalte und Anforderungen informieren.

Vorbereitung auf die ISSB-Angaben zur Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit und die Berichterstattung über nachhaltigkeitsbezogene Informationen sind derzeit in aller Munde. Ziel des neu gegründeten ISSB (International Sustainability Standards Board) ist es in diesem Zusammenhang, eine umfassende globale Grundlage für nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungsstandards zu schaffen, die Anlegerinnen und Anlegern sowie anderen Kapitalmarktteilnehmenden Informationen über die nachhaltigkeitsbezogenen Risiken und Chancen von Unternehmen liefern, damit sie fundierte Entscheidungen treffen können.

Als ersten Schritt hat das ISSB [Prototypen](#) des Standards für klimabezogene Angaben und des Standards für allgemeine Anforderungen an Nachhaltigkeitsangaben veröffentlicht. Diese geben Hinweise auf die Angaben, die in Kürze nach den IFRS® Sustainability Disclosure Standards erforderlich sein könnten, und geben eine Richtung für eine auf den Unternehmenswert ausgerichtete Nachhaltigkeitsberichterstattung.



Als erste Orientierungshilfe empfehlen wir unsere [Publikation](#) zu den ISSB-Standards. Diese gibt unter anderem Auskunft darüber, welche Unternehmen ab wann von den Prototypen betroffen sind sowie welche Angaben dann zu machen sind.

Die ersten beiden Standards könnten bereits im zweiten Halbjahr 2022 veröffentlicht werden. Die einzelnen Jurisdiktionen entscheiden, ob und wann sie diese übernehmen.

Aus deutscher Sicht interessant wird hier insbesondere das Zusammenspiel zwischen den künftigen ISSB-Standards und den oben beschriebenen EFRAG-Standards werden.

Über die weitere Entwicklung werden wir Sie in den Accounting News auf dem Laufenden halten.

FAQ – Teil 2 zu Artikel 8 EU-Taxonomie-VO veröffentlicht

Die *Platform on Sustainable Finance* der EU-Kommission hat den zweiten Teil des Fragen-und-Antworten-Papiers veröffentlicht, um Finanz- und Nicht-Finanzunternehmen bei der Bestimmung der taxonomiefähigen Aktivitäten und Vermögenswerte gemäß Artikel 8 EU-Taxonomie-Verordnung zu unterstützen.

Die im Papier enthaltenen 33 Fragen ergänzen die bereits im Dezember 2021 veröffentlichten 22 Fragen des ersten Teils der FAQ.

Die FAQ ist zwar von der EU-Kommission inhaltlich genehmigt, sie wird aber erst später formal verabschiedet werden, wenn die offiziellen Übersetzungen in die Sprachen der EU-Mitgliedsländer vorliegen.

Das Fragen-und-Antworten-Papier, Teil 2, können Sie [hier](#) herunterladen.

IDW veröffentlicht Hinweis zur Zugangsklassifizierung und Umwidmung von Wertpapieren nach HGB

Das IDW hat in der ersten Ausgabe 2022 der IDW Life den überarbeiteten Rechnungslegungshinweis *Zugangsklassifizierung und Umwidmung von Wertpapieren nach HGB* veröffentlicht. Dieser ersetzt den IDW-Rechnungslegungshinweis: *Umwidmung und Bewertung von Forderungen und Wertpapieren nach HGB* (IDW RH 1.014) in der Form vom 9. Januar 2009. Er gilt erstmals für Abschlüsse für Geschäftsjahre, die nach dem 31. Dezember 2021 beginnen.

Der überarbeitete Rechnungslegungshinweis beschränkt sich dem Wortlaut nach auf Wertpapiere, kann jedoch auch Anhaltspunkte für die Zugangsklassifizierung und Umwidmung anderer Finanzinstrumente (beispielsweise Schuldscheindarlehen) bieten.

Umwidmungen von Wertpapieren in das Anlage- oder Umlaufvermögen haben dabei, wie bisher, stets dann zu erfolgen, wenn sich der mit diesen Wertpapieren verfolgte Zweck geändert hat. Neu aufgenommen wurde der Hinweis auf den Vorbehalt gegebenenfalls branchenspezifischer gesetzlicher Regelungen (beispielsweise § 340e Absatz 3 Seite 2 HGB) bzw. anderer IDW-Verlautbarungen.

Weiterhin bleibt es beim Ansatz des umgewidmeten Bestands zum Buchwert des letzten Jahresabschlusses. Die Möglichkeit zur Umwidmung zum Buchwert eines letzten Zwischenabschlusses wird nicht mehr aufgeführt. Ebenso werden Aussagen zur Bewertung auf illiquiden Märkten nicht mehr gemacht, da dies ursprünglich auf besondere Fragestellungen in Zeiten der Finanzmarktkrise zurückzuführen war.

Nach dem Schengen Travel Ban: US-Aufenthaltsrecht und US-Steuerrecht im Fokus

TERMINE / VERANSTALTUNGSORT

Webcast Live

Donnerstag, 17. Februar 2022, 10.00–11.30 Uhr

Dienstag, 1. März 2022, 15.00–16.30 Uhr

Zielgruppe

Die Veranstaltung richtet sich insbesondere an CEOs, COOs, CFOs, Leitende und Mitarbeitende HR, Global Mobility Expert:innen sowie Expert:innen aus den Bereichen Payroll, Tax & Legal.

Ihre Ansprechperson für organisatorische Fragen

Natalia Salomone

T +49 511 85095578

nsalomone@kpmg.com

Teilnahmegebühr

Die Teilnahme am Webcast ist kostenfrei. Bitte beachten Sie, dass gegebenenfalls Gebühren Ihres Telefonanbieters anfallen können.

Anmeldung

Für Ihre Anmeldung registrieren Sie sich bitte direkt auf der Plattform [GoToWebinar](#). Bei der Online-Anmeldung erhalten Sie eine automatisch generierte Anmeldebestätigung mit einem Zugangslink zum Webcast.

Nach dem Ende des Schengen Travel Ban, der fast zweijährigen Reisepause, können hiesige Unternehmen wieder Führungs- und Fachkräfte in die USA entsenden. Doch was ist in der Zwischenzeit passiert? Und was, wenn Entsandte die erlaubte Gesamt-Aufenthaltsdauer im Land schon überschritten haben?

In unserem Webcast „Nach dem Schengen Travel Ban: US-Aufenthalts- und US-Steuerrecht im Fokus“ fassen wir die wesentlichen US-aufenthaltsrechtlichen Regularien zusammen und geben einen Überblick über aktuelle Rechtsänderungen sowie mögliche steuerliche Konsequenzen.

Alle Seminare und Aktuelles zu den Veranstaltungen finden Sie [hier](#). Auch Anmeldungen sind dort online möglich – schnell und unkompliziert.

An dieser Stelle informieren wir Sie regelmäßig über aktuelle KPMG-Publikationen auf dem Gebiet der handelsrechtlichen und internationalen Rechnungslegung.

Vor Kurzem in Fachzeitschriften erschienen:

Unternehmenszusammenschlüsse unter gemeinsamer Beherrschung – Diskussionspapier DP/2020/2 des IASB: Bestandsaufnahme und Reaktionen aus der Praxis	WPg 3/2022 Seite 135	Prof. Dr. Hanne Böckem, Dennis Bröcker
Überblick über das geldwäschebezogene Risikomanagement	WP Praxis 2/2022 Seite 57	Barbara Scheben

Links zu internationalen KPMG-Veröffentlichungen:

[↗ Have you disclosed the impacts of climate-related matters clearly?](#)

Investors are challenging the lack of sufficient disclosure of climate-related information in financial statements and are seeking transparency and clarity in disclosures. The 2021 reporting season is an opportunity for companies to close this information gap by enhancing their disclosures of the impact of climate-related matters. The latest article in our Climate change resource centre looks at how current requirements in IFRS Standards facilitate disclosure of climate-related information in the financial statements, and highlights other matters companies need to consider – for example, consistency between the front part of the annual report and the financial statements.

[↗ Getting ready for sustainability reporting standards](#)

The new International Sustainability Standards Board (ISSB) is taking shape with the announcement of Emmanuel Faber as its first chair and news of more appointments to follow shortly. As the Board prepares to issue its first standards next year, Helena Watson looks at how companies can be preparing now for the major changes coming to their corporate reporting and offers three top tips. Please watch our video.

Für weitere Informationen oder Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Sprechen Sie uns an.

REGION NORD

**Haiko Schmidt**

T +49 40 32015-5688
haikoschmidt@kpmg.com

REGION OST

**Tobias Nohlen**

T +49 30 2068-2362
tnohlen@kpmg.com

REGION WEST

**Ralf Pfennig**

T +49 221 2073-5189
ralfpfennig@kpmg.com

REGION MITTE

**Manuel Rothenburger**

T +49 69 9587-4789
mrothenburger@kpmg.com

REGION SÜDWEST

**Johann Schnabel**

T +49 89 9282-4634
jschnabel@kpmg.com

REGION SÜD

**Dr. Markus Kreher**

T +49 89 9282-4310
markuskreher@kpmg.com



DEPARTMENT OF PROFESSIONAL PRACTICE

**Christian Zeitler**

T +49 30 2068-4711
czeitler@kpmg.com

**Dr. Markus Fuchs**

T +49 30 2068-2992
markusfuchs@kpmg.com

**Volker Specht**

T +49 30 2068-2366
vspecht@kpmg.com

**Prof. Dr. Hanne Böckem**

T +49 30 2068-4829
hboeckem@kpmg.com

**Dr. Matthias Fuchs**

T +49 89 9282-1160
matthiasfuchs@kpmg.com

**Ingo Rahe**

T +49 30 2068-4892
irahe@kpmg.com

Impressum

Herausgeber

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Klingelhöferstraße 18
10785 Berlin

Redaktion

Prof. Dr. Hanne Böckem (V.i.S.d.P.)

Department of Professional Practice
T +49 30 2068-4829

Abonnement

Den Newsletter „Accounting News“ von KPMG können Sie unter www.kpmg.de/accountingnews herunterladen oder abonnieren. Beide Bezugsmöglichkeiten sind für Sie kostenlos.

www.kpmg.de

www.kpmg.de/socialmedia



Die enthaltenen Informationen sind allgemeiner Natur und nicht auf die spezielle Situation einer Einzelperson oder einer juristischen Person ausgerichtet. Obwohl wir uns bemühen, zuverlässige und aktuelle Informationen zu liefern, können wir nicht garantieren, dass diese Informationen so zutreffend sind wie zum Zeitpunkt ihres Eingangs oder dass sie auch in Zukunft so zutreffend sein werden. Niemand sollte aufgrund dieser Informationen handeln ohne geeigneten fachlichen Rat und ohne gründliche Analyse der betreffenden Situation.

Die Ansichten und Meinungen in Gastbeiträgen sind die des Interviewten und entsprechen nicht unbedingt den Ansichten und Meinungen von KPMG in Deutschland.

© 2022 KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht und ein Mitglied der globalen KPMG-Organisation unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Limited, einer Private English Company Limited by Guarantee, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten. Der Name KPMG und das Logo sind Marken, die die unabhängigen Mitgliedsfirmen der globalen KPMG-Organisation unter Lizenz verwenden.